



März 2024

GUTE ARBEIT, KLIMA UND ENERGIE- INTENSIVE INDUSTRIE IN EUROPA SCHÜTZEN

Derzeit befinden sich wegen unsicheren Lieferketten und hohen Energiepreise insbesondere die Beschäftigten der energieintensiven Wirtschaftszweige wie Gießereien, die Stahl- oder die Aluminiumindustrie Europas massiv unter Druck. Vielfach wird der Abbau von Arbeitsplätzen oder die Schließung von ganzen Werken in der Branche verkündet. Dabei gehören die Branchen der Grundstoffindustrie zu den strategisch wichtigen Industrien Europas. Ihre Produkte bilden die Voraussetzung für die Wertschöpfungsketten vieler Produkte. Das gilt insbesondere für solche, die für die grüne Transformation benötigt werden: Kein Windrad und keine Schiene ohne Stahl!

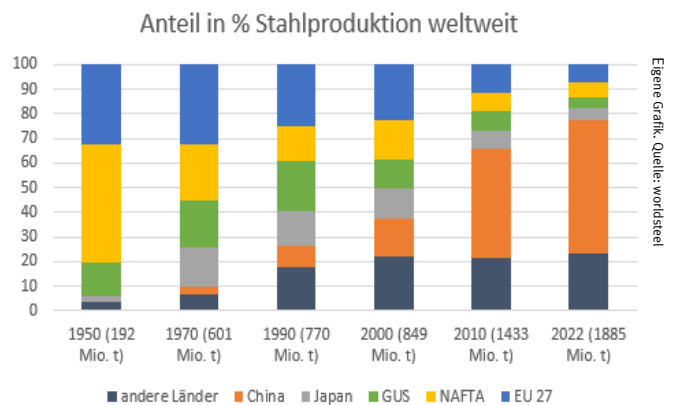
Forderungen der IG Metall:

1. Für eine echte europäische Industriestrategie für grünen Stahl aus der EU, um die Zukunft des europäischen Stahls und seiner Beschäftigten zu sichern. Öffentliche Auftragsvergabe in Europa muss an europäische Wertschöpfung gekoppelt werden.
2. Die EU muss sich für fairen globalen Wettbewerb und gegen unfairen Handel einsetzen.
3. Die europäische Energiepolitik muss neben ökologischen Kriterien die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Strompreise in den Blick nehmen.

Eine große Herausforderung stellt dagegen der gemeinsame Klimaschutz und die Dekarbonisierung der energieintensiven Industrie selbst dar. Auch hier gibt es eine Verantwortung, CO₂-Reduktionsziele und Förderinstrumente zu schaffen, die für alle gleiche Regeln des Wettbewerbs erzielen. So wird durch das Europäische

Emissionshandelssystem der Ausstoß von Treibhausgasen reguliert. Europaweit werden so die Emissionen von rund 9.000 Anlagen der Industrie bepreist.

Auch den Überkapazitäten, die aus anderen Weltregionen wie China den europäischen Markt erreichen, kann die EU nur durch gemeinsame Handelspolitik begegnen. So soll durch den sogenannten CO₂-Grenzausgleichsmechanismus verhindert werden, dass Produktion außereuropäisch verlagert wird, weil dort billiger, weil CO₂-intensiver, produziert wird.



Ohne die Europäische Union würden die Grundstoffindustrien sowohl ihren Schutz gegenüber Verlagerungen außerhalb Europas verlieren als auch auf gemeinsame Anreize und Regeln zur CO₂-Reduktion verzichten. Gleichzeitig muss aber die EU noch viel mehr tun, um die Zukunftsfähigkeit der Europäischen Grundstoffindustrie zu sichern. So muss öffentliche Auftragsvergabe in Europa an die Bedingung europäischer Wertschöpfung gekoppelt werden. Dies alles gibt es nur mit einem Parlament, dem das Thema des Erhalts der Grundstoffindustrie am Herzen liegt. **Daher: Am 9. Juni für gute Arbeit und ein soziales Europa wählen gehen!**